

Mario Fehr droht ein Eigentor

Hassprediger Vergangene Woche ging Sicherheitsdirektor Mario Fehr (SP) hart mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter (FDP) ins Gericht. Das Thema: der Hassprediger von Winterthur. Der Bund mache zu wenig, sagte Fehr und verlangte, Keller-Sutter solle die Auslieferung des Imams zur Chefsache machen. Ansonsten müsse Zürich den «gefährlichen» Mann im April freilassen.

Damit hat Fehr möglicherweise ein Eigentor geschossen. Er könnte dem Prediger einen Grund geliefert haben, sein Asylgesuch erneut überprüfen zu lassen. Das sagte Alberto Achermann im «Blick». Gestern bestätigte der Professor für Migrationsrecht der Uni Bern dem TA seine Einschätzung: «Man weiss, dass Äthiopien brutal gegen Islamisten vorgeht.» Dass Fehr den mutmasslichen Äthiopier öffentlich als gefährlichen Islamisten bezeichnet habe, könnte dazu führen, dass ihm bei einer Auslieferung nach Äthiopien eine unmenschliche Behandlung drohe. In diesem Fall würde ein absolutes Ausschaffungsverbot gelten.

Es wäre nicht der erste Fall

Die Schweiz könnte sich in diesem Fall nicht auf eine drohende Gefahr für die öffentliche Sicherheit berufen, sagt Achermann: «Der Schweiz stehen ja auch andere Mittel zur Verfügung, eine potenziell gefährliche Person zu überwachen.» Der Hassprediger wäre nicht der Erste, der sogenannte Nachfluchtgründe geltend macht, um einer Ausschaffung zu entgehen. Bekannt wurde eine syrische Familie, die nach ihrer Flucht zum Christentum konvertierte und dies mithilfe mehrerer SVP-Nationalräte öffentlich machte. Weil der so geouteten Familie in der Heimat nun persönliche Verfolgung drohte, musste der Bund ihr die vorläufige Aufnahme gewähren.

Fehrs Kritik sorgte in Bern aber noch aus einem anderen Grund für Stirnrunzeln. Einen Tag nach der öffentlichen Schelte hatte Bundesrätin Keller-Sutter zu einem Treffen mit verschiedenen kantonalen Sozial- und Polizeidirektoren geladen. Es sollte unter anderem um den Vollzug von Ausweisungen gehen. Fehr fehlte. Begründung im «Blick»: Er habe keine Zeit für Apéros. Eine TA-Anfrage liess Fehr gestern unbeantwortet.

Liliane Minor

Sein Burn-out bescherte ihm eine zündende Idee

Depression Mit einer App will Werner Klecka psychisch erkrankte Menschen unterstützen.

Rafaela Roth

Vor vier Jahren brach Werner Klecka mitten in einer Verwaltungsratssitzung in Tränen aus. Danach hörte der gestandene Unternehmer, seit 1981 selbstständig, für viele Wochen nicht mehr auf zu weinen: hoher Druck, unvorhergesehene Ereignisse, private Probleme – Burn-out. «Ich hätte niemals gedacht, dass es mich treffen würde», sagt der heute 62-jährige Bachenbülacher. «Davor denkt man ja immer, man sei der Siebesiech, man schaffe das schon.»

Das war vor vier Jahren. Nach seinem Zusammenbruch hörte Klecka auf zu reden, verkroch sich, seine Beziehung zerbrach. Er liess sich für neun Wochen in eine Burn-out-Klinik einweisen, danach wurde er Uber-Fahrer in Zürich. «Das hat mich im Rückblick gerettet», sagt er. Nicht das Fahren, aber die Gespräche mit den Menschen. Jeder kannte jemanden, dem dasselbe wie ihm passiert war. Und in Kleckas Kopf wuchs langsam eine Idee.

Programmierung finanziert

Kürzlich hat er seinen gemeinnützigen Verein Upway ins Handelsregister eintragen lassen. Klecka hofft nun, dass mithilfe des Vereins zur Bewältigung von Depressionen (Equilibrium) sein Crowdfunding auf der Plattform Lokalhelden.ch die Schwelle von 70 000 Franken schaffen wird. Damit könnte er seine App programmieren lassen. 230 000 Franken braucht er zusätzlich, um die App mit seinem Verein lancieren zu können.

Upway soll Burn-out-Betroffenen und Depressiven eine Hilfe zur Selbsthilfe sein. «Die App soll all das bieten, was ich damals gebraucht hätte», sagt Klecka. Was er gebraucht hätte, wäre ein bisschen Hilfe gewesen. Jemand, der mit ihm ein Gespräch führt, jemand, der mit ihm die Freizeit verbringt, der ihn versteht oder triviale Hilfeleistungen im Haushalt erbringt. Auch rasche Informationen über Therapieformen und Krankheitsbilder von Depressionen hätten



Werner Klecka weiss aus eigener Erfahrung, was depressive Menschen brauchen. Foto: Fabienne Andreoli

ihm geholfen. «Denn diesen Menschen kann geholfen werden», sagt Klecka.

Upway soll alles versammeln: Therapeuten, Kliniken, Informationen, eine anonyme Chatfunktion und die Möglichkeit, sich gegenseitig zu lokalisieren. Betroffene sollen sich kontaktieren, aushelfen und in anonymen oder offenen Foren austauschen können. Denn Selbsthilfegruppen helfen erwiesenermassen gegen Rückfälle. «Ich konnte es in der Klinik nicht fassen, dass die Leute teilweise zum fünften Mal da waren», sagt Klecka.

Die Kundschaft könnte also vorhanden sein. Gemäss Bundesamt für Statistik befanden sich 2017 eine halbe Million Schweizerinnen und Schweizer wegen psychischer Probleme in Be-

handlung. Im Kanton Zürich sind es fast 90 000 Menschen. In einer 2018 veröffentlichten Studie der Forschungsstelle Sotomo gaben fast 20 Prozent der Teilnehmer an, sich aktuell in einem länger andauernden emotionalen Tief zu befinden.

Burn-outs kosten viel Geld

Kleckas Selbsthilfe-App soll rund fünf Franken kosten und vielleicht schon im Herbst mit einer Beta-Version verfügbar sein. Klecka will Arbeitgebern, dem Arbeitsvermittlungsamts, der Invalidenversicherung, Krankenkassen, Taggeldversicherern und Sozialanlaufstellen Nutzungsabos verkaufen, die sie den Mitarbeitern und Leistungsempfängern kostenlos weitergeben können. Denn Burn-outs kosten.

Ziemlich viel sogar. Der Job-Stress-Index von Gesundheitsförderung Schweiz schätzte 2016, dass Stress die Schweizer Wirtschaft rund 5,7 Milliarden Franken pro Jahr kostet. Jeder vierte Erwerbstätige hat mehr Belastungen am Arbeitsplatz als Ressourcen und ist erschöpft.

Kleckas Ziel ist ein selbsttragender Verein. «Die Organisation soll gemeinnützig sein», sagt Klecka. Immer noch fehlt ihm der Rest des Geldes, damit sein Verein die Voraussetzungen zum Betrieb der App schaffen kann. Er sucht Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter, die seine Vision mit ihm umsetzen. Denn etwas will Klecka nie mehr tun: eine Organisation aufbauen, die alleine von ihm abhängt. «Das habe ich auf die harte Tour gelernt.»

Auch Linke fliegen nach Berlin

Gemeinderat Die Leitung des Zürcher Gemeinderats reist für drei Tage zur Weiterbildung und zur Festigung des Zusammenhalts nach Berlin. Sechs Personen sind am Mittwochabend mit dem Nachtzug gefahren, acht fliegen am Donnerstagmorgen. Pikant: Auch drei Linke nehmen das Flugzeug – immerhin klimakompensiert.

Heikel ist die Wahl des Verkehrsmittels, weil sich Zürich das Ziel «2000-Watt-Gesellschaft» auf die Fahne geschrieben hat. Flüge in Nachbarländer machen sich für Parlamentarier und städtische Angestellte in diesem Zusammenhang nicht gut. Sie sollten laut Stadtrat «eine Vorbildfunktion einnehmen».

Mit dem guten Beispiel voran ging Ratspräsident Martin Bürki und seine 2. Vizepräsidentin Helen Glaser (SP). Zusammen mit der Grünen Karin Meier-Bohrer, dem GLPler Matthias Wiesmann, dem Datenschutzbeauftragten Marcel Studer und Andreas Ammann, Leiter der Parlamentsdienste, hat Bürki um 20 Uhr den Nachtzug genommen und ist heute um 8 Uhr in Berlin angekommen. Alle anderen nehmen heute das Flugzeug, darunter die beiden SVP-Vertreter, die Mitglieder von Rechtsdienst und Finanzkontrolle sowie die Linken Mischa Schiwow (AL), SP-Stadtparteipräsident Marco Denoth und Mark Richli (SP).

Vertrackt sind die Reisepläne, weil der Gemeinderat am Mittwoch bis 21 Uhr tagt. Wer den Nachtzug nahm, musste frühzeitig abtauschen. «Wir haben eine lange Pendenzliste, ein früherer Abbruch liess sich nicht verantworten», sagt Präsident Bürki. Er überliess den Bock gestern seinem Vizepräsidenten Heinz Schlatt (SVP).

Mark Richli (SP) wäre «liebend gern» mit dem Zug gereist. Er habe jedoch als Ratssekretär das Funktionieren des Betriebs bis 21 Uhr höher gewichtet. Denoth und Schiwow geben an, dass es ihnen aus privaten Gründen nicht möglich sei, mit dem Zug heimzufahren – achteinhalb Stunden dauert die Bahnfahrt. Gemäss Stadtrat soll das Flugzeug nur benutzt werden, wenn die Bahnfahrt mehr als sechs Stunden dauert. Der Zürcher SVP-Nationalrat Mauro Tuena schimpft: «Typisch Linke: Gegen den Klimawandel demonstrieren, selber aber fliegen.»

Ruedi Baumann

ANZEIGE



Mehr Sicherheit im Alter – AHV-Renten steuerfrei!

Steuerbelastung für verheiratete Rentner im Kanton Zürich, 1994 bis 2014

Einkommen in Franken	
45 000.–	70 000.–
+51%	+38%

Vor allem Senioren mit kleinen Renten müssen mehr Steuern zahlen!

Quelle: Kassensturz

Die steuerliche Belastung für AHV-Rentner nimmt ständig zu. Viele Senioren haben nicht genügend Geld zum Leben, obwohl sie ihr ganzes Leben hart gearbeitet und immer Steuern gezahlt haben! Die SVP will, dass unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger ihren Lebensabend in Sicherheit und Ruhe geniessen können.

Deshalb wollen wir:

- Rückerstattung von 5 Milliarden Franken Negativzinsen an den AHV-Fonds.
- AHV-Renten müssen von der Bundessteuer und anderen Steuern befreit werden.

Ich wott's!
Ich wähl's!



SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, www.svp-zuerich.ch
Mit einer Spende auf PC 80-35741-3 unterstützen Sie den Wahlkampf der SVP. Herzlichen Dank für Ihre tatkräftige Unterstützung.

Und in den Regierungsrat: **Natalie Rickli und Ernst Stocker**